



Newsletter Nr. 1 / 2013

Liebe Mitglieder der Kantonalpartei

Liebe Sympathisanten und Interessenten der Grünliberalen Kanton St.Gallen

Wir freuen uns, Euch unseren aktuellen Newsletter senden zu dürfen.

Mit Bedauern haben die Vorstandsmitglieder der Kantonalpartei vom Rücktritt von Patricia Künzle und Martin Wicki aus dem Partei-Präsidium Kenntnis genommen. An der Mitgliederversammlung vom 16. Februar 2010 wählten die Mitglieder ein Dreierpräsidium, das nun auf drei erfolgreiche Jahre zurückblicken darf. Neben dem Gewinn vieler Neumitglieder konnten ein Nationalratsmandat und vier zusätzliche Kantonsratsitze erreicht sowie erfolgreich eine Fraktion mit der BDP im Kantonsrat gebildet werden.

Im Namen aller Parteimitglieder sowie der Sympathisanten und Sympathisantinnen möchte ich Patricia und Martin für ihren grossartigen Einsatz und die kooperative Zusammenarbeit auf allen Ebenen ganz herzlich danken.

Der Vorstand hat sich an drei Sitzungen intensiv mit möglichen Nachfolgeszenarien befasst und schlägt an der bevorstehenden Mitgliederversammlung zwei Ersatzkandidatinnen zur erfolgreichen Fortführung des Dreierpräsidiums vor. Zur Wahl stellen sich zwei in der glp SG bekannte und gut verankerte Persönlichkeiten.

Jacqueline Gasser-Beck, Präsidentin der glp Stadt St. Gallen (2008-2009) und Mitglied im Vorstand der Stadtpartei. Die Juristin ist Mutter zweier Kinder und Geschäftsführerin am Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis an der Universität St. Gallen.

Michelle Stäheli, Vorstandsmitglied glp SG, Co-Präsidentin der jglp SG, Präsidentin Wahlkreis Sarganserland und nationale Koordinatorin der glp U30-Gruppe. Sie ist Klassenlehrerin in zwei Sekundarklassen und unterrichtet vor allem Sprachen und Geschichte.

Werner Anderegg, Co-Präsident glp Kanton St. Gallen

Inhalt

GLP-VOLKSINITIATIVE ENERGIESTEUER- STATT MEHRWERTSTEUER IST ZUSTANDE GEKOMMEN - HERZLICHEN DANK AN ALLE SAMMLERINNEN UND SAMMLER!	3
AUS DEM NATIONALRAT	4
AKTUELLES ZUR IV-REVISION 6B	4
AUS DEM KANTONS RAT	4
SEPTEMBERSESSION 2012	4
NOVEMBERSESSION 2012	5
FEBRUARSESSION 2013	6
WAHLKREIS- UND ORTSPARTEIEN	8
WAHLKREIS RHEINTAL	8
WAHLKREIS SARGANSERLAND	8
WAHLKREIS SEE-GASTER	9
STADT WIL	10
FACHGRUPPEN	11
FACHGRUPPE ENERGIE / UMWELT / RAUMPLANUNG	11
GLP-STAMM	12
TERMINE DER GLP	13

GLP-Volksinitiative Energiesteuer- statt Mehrwertsteuer ist zustande gekommen - Herzlichen Dank an alle Sammlerinnen und Sammler!

Am 17. Dezember 2012 konnten die Grünliberalen der Bundeskanzlei 108'721 beglaubigte Unterschriften für ihre Volksinitiative „Energie statt Mehrwertsteuer“ überreichen. Diese stolze Anzahl Unterschriften kam vor allem durch einen sensationellen Schlusspurt zustande. Am 18. Januar 2013 wurde bestätigt, dass die Initiative mit 108'721 Unterschriften offiziell zustande gekommen ist.

Die Grünliberalen St.Gallen haben ebenfalls tatkräftig an diesem grossen Erfolg unserer Partei beigetragen. Wir bedanken uns an dieser Stelle herzlich bei allen tatkräftigen Sammlerinnen und Sammlern. Nur dank dem grossen Einsatz von zahlreichen Mitgliedern wie euch wurde das Zustandekommen der Initiative erst möglich!



Mit der Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ wollen die Grünliberalen eine staatsquotenneutrale ökologische Steuerreform erwirken. Die Initiative setzt die richtigen Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien und zu mehr Energieeffizienz. Die Initiative ist damit die klimaverträgliche Basis für einen wirtschaftsfreundlichen Atomausstieg. Dank der gleichzeitigen Abschaffung der Mehrwertsteuer bleibt die Gesamtsteuerlast unverändert, die administrative Belastung der Unternehmungen sinkt jedoch markant. Schlussendlich setzt die Initiative die Anreize für eine nachhaltige und innovative Wirtschaft, woraus grosse Chancen und Wettbewerbsvorteile für den Werk- und Denkplatz Schweiz entstehen.



Aus dem Nationalrat

Von Magrit Kessler

Aktuelles zur IV-Revision 6b

Das zweite Massnahmenpaket der 6. IV-Revision wurde dem Nationalrat am 12.12.12 von einer Minderheit als gesplittete Vorlagen vorgestellt. Die eine Vorlage beinhaltet wichtige Änderungen im Rentensystem wie: die verstärkte Eingliederung, die Betrugsbekämpfung, die Entschuldung der IV sowie die Einführung eines Interventionsmechanismus, damit keine Schulden mehr heranwachsen können wie in den letzten Jahren. Dieser Teil der Revision war unumstritten und wurde vom Rat angenommen. Die Änderungen, wie Kürzungen bei der Kinderrente und bei den Reisekosten, wurden an die Kommission zurückgewiesen und werden erst wieder beraten, wenn aussagekräftige Kennzahlen zu den Ergebnissen der bisherigen drei IV-Revisionen vorliegen.

Behinderte mit Kindern, die 70 bis 80 Prozent invalid geschrieben sind, hätten mit den gekürzten Kinderrenten Einbussen bis zu 30 Prozent hinnehmen müssen. Die Betroffenen hätten in den Kantonen Ergänzungsleistungen beantragen müssen. Es hätte vorwiegend eine Umverteilung von der IV zu den Ergänzungsleistungen stattgefunden. Laut den neusten Zahlen sind diese harten Sparmassnahmen nicht mehr notwendig, weil die medizinischen Abklärungsstellen (MEDAS) viele Invalide wieder als arbeitsfähig erklärt und die Renten eingestellt oder gekürzt haben. Die Schulden der IV von 15 Milliarden Franken können ohne diese zusätzlichen Sparmassnahmen bei den Schwerbehinderten voraussichtlich bis 2029 zurückbezahlt werden. Der Minderheitsantrag Splitting wurde mit 97 zu 90 Stimmen gutgeheissen. Ich bin stolz, dass wir 12 Grünliberalen mit unseren Stimmen diese einschneidenden und unnötigen Sparmassnahmen für die Schwächsten in unserer Gesellschaft verhindern konnten, zumindest bis konkrete Zahlen vorliegen.

Auch der Antrag von Christian Loher wurde mit Hilfe der 12 Stimmen der Grünliberalen vom Parlament mit 95 zu 87 Stimmen angenommen. Er beantragte, dass neu das lineare Rentensystem eingeführt wird, die Vollrente aber weiterhin ab einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent und nicht erst ab 80 Prozent bezahlt wird. Die SGK Ständerat hat diesen Vorschlag kürzlich abgelehnt. Unter Dach ist die Revision noch lange nicht. Trotzdem bin ich in Bern so richtig angekommen und kann meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen für die Unterstützung der Patienteninteressen nicht genug danken!

Aus dem Kantonsrat

Septembersession 2012

In der Septembersession sollten die Fraktionsvergütungen erhöht werden. Die Fraktion war dagegen, schliesslich waren wir mitten in den Spardebatten und sollten nicht Wasser predigen und Wein trinken. Deshalb stellten wir den Antrag auf Nichteintreten, diesem stimmte der Rat mit 59 gegen 46 Stimmen zu, was uns sehr gefreut hat.

Nichteintretungsantrag der GLP/BDP-Fraktion:

Mit der Parlamentsreform 2008 erhielt das Präsidium den Auftrag, das Entschädigungssystem zu überprüfen und dem Kantonsrat Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen. Die Anpassung der Fraktionsvergütungen beschränkt sich lediglich auf die Entschädigung der Fraktionen und tangiert die Sitzungsgelder der Mitglieder des Kantonsrates nicht. Der nun vorliegende Antrag auf Erhöhung der Fraktionsvergütungen hat einen finanziellen Mehraufwand von jährlich Fr. 96'000.– zur Folge. Dies mag bescheiden erscheinen, das davon ausgehende Signal ist jedoch beschämend.

In Zusammenhang mit dem in der Junisession geschnürten Sparpaket II und der in Aussicht gestellten und für einen ausgeglichenen Staatshaushalt notwendigen Steuerfusserhöhung im November, ist zum jetzigen Zeitpunkt nur schon eine Diskussion über eine Erhöhung der Fraktionsvergütungen völlig deplatziert.

Von der St. Galler Bevölkerung wurden zum Teil schmerzliche Sparmassnahmen gefordert, Studiengebühren wurden erhöht, Gemeinden und Institutionen zum Sparen gezwungen. Nachdem schon am 18. Februar 2008 im Rahmen der Parlamentsreform die Fraktionsvergütungen um über 30 Prozent erhöht worden sind, ist es nicht angebracht, diese jetzt nochmals um über 20 Prozent anzuheben. Sich selbst die Entschädigungen innert 4 Jahren um über 50 Prozent zu erhöhen, widerspricht der Vorbildfunktion eines Kantonsrates und würde von der Bevölkerung nicht verstanden. Wasser zu predigen und Wein zu trinken darf nicht unser Motto sein.

Die GLP/BDP-Fraktion beantragt Ihnen deshalb, auf eine Erhöhung der Fraktionsvergütung zurzeit zu verzichten und auf den Entwurf eines VI. Nachtrags zum Kantonsratsbeschluss über die Entschädigung der Mitglieder und der Fraktionen des Kantonsrates nicht einzutreten.

Novembersession 2012

Nach der erfolgreichen Publikation der Idee des Konzeptes "Generationenfonds" durch unsere Spezialisten der Fachgruppe Ökonomie und Recht, hat die Fraktion in der Novembersession eine Motion unter der Bezeichnung "Generationenfonds" eingereicht. Gleichzeitig hat die Fraktion auch die Interpellation "Nachhaltiger Sparbeitrag" eingereicht. Beide Vorstösse werden in der Junisession behandelt.

Motion "Generationenfonds"

Das Eigenkapital des Kantons St.Gallen wird sich von 2008 bis 2013 von 1,4 Milliarden Franken auf voraussichtlich 530 Millionen Franken reduzieren. Das Eigenkapital wird in kürzester Zeit aufgebraucht und damit den folgenden Generationen entzogen. Diese Finanzpolitik ist nicht nachhaltig. Dieses Problem kann durch einen Generationenfonds gelöst werden. Dieser stellt sicher, dass die heutige und zukünftige Generationen gleichermassen vom Kantonsvermögen profitieren. Durch eine Verankerung in der Verfassung wird ein verbindlicher Rahmen für einen nachhaltigen Umgang mit dem Kantonsvermögen geschaffen. Die Regierung wird daher eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage für eine Verfassungsänderung nach den folgenden Leitlinien zu unterbreiten:

1. Der Kanton führt einen Generationenfonds.
2. Bei Gründung macht der Kanton eine Einlage in Höhe des Freien und Besonderen Eigenkapitals, abzüglich eines angemessenen Betrags zur Förderung zukünftiger Gemeindevereinigungen.
3. In den Generationenfonds fließen Erträge aus dem Verkauf von Anteilen an gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, Erträge aus dem Verkauf nicht betriebsnotwendiger Liegenschaften sowie zukünftige Sondererträge, etwa aus einmaligen Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank.
4. Der Generationenfonds schüttet jährlich einen in der Verfassung festgelegten, fixen Betrag an den allgemeinen Staatshaushalt aus. Der Betrag wird so festgelegt, dass er während mindestens 40 Jahren ausgeschüttet werden kann, und ist jährlich der Inflation anzupassen.
5. Das Fondsvermögen ist langfristig anzulegen. Das Gesetz regelt die Zuständigkeiten und Anlagevorschriften.

Interpellation «Nachhaltiger Sparbeitrag

Um bei natürlichen Personalabgängen nachhaltig Kosten einzusparen, schlagen wir folgende praxiserprobte Massnahme vor:

Bei jedem zukünftigen Austritt eines Mitarbeitenden aus der kantonalen Verwaltung wird die entsprechende Stelle durch den jeweiligen budgetverantwortlichen Vorgesetzten in folgende drei Teile aufgeteilt:

1. Ein Teil der Stelle wird auch in Zukunft wichtig sein und umfasst interessante Aufgaben. Dieser Teil wird im Rahmen der Personalentwicklung einem verdienten Mitarbeitenden angeboten mit der Aufforderung, seine bisherige Stelle ebenfalls in drei Teile zu gliedern.
2. Ein zweiter Teil der Stelle wird ebenfalls auch in Zukunft wichtig sein, ist aber monoton und soll automatisiert werden.
3. Ein dritter Teil der Stelle war bisher wichtig, ist dies allerdings aufgrund der Strategie in Zukunft nicht mehr und kann weggelassen werden. Je nach Stelle, muss die bisherige Position nicht mehr, teilweise oder erneut voll besetzt werden.

Mit dieser Massnahme (die bereits im öffentlichen Dienst zur Durchsetzung des Defizitverbots und in der Privatwirtschaft zur Vermeidung von Entlassungen und Gehaltsreduktion mit Erfolg eingeführt worden ist) können die Personalkosten nachhaltig gesenkt, die Arbeit einzelner Mitarbeitenden bereichert, monotone Arbeit automatisiert und überflüssige Bürokratie zum Nutzen aller relevanten Anspruchsgruppen der kantonalen Verwaltung (und damit ohne Verlierer) abgebaut werden. Wir bitten die Regierung, um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung diese Idee grundsätzlich?
2. In welchen Verwaltungsbereichen wäre nach ihrer Beurteilung eine solche Massnahme sinnvoll?
3. Wie schätzt die Regierung bei der gegenwärtigen Fluktuation im öffentlichen Dienst das Sparpotential einer solchen Massnahme ein?»

Leserbrief von Erika Häusermann, Fraktionspräsidentin GLP/BDP, zur Novembersession

Die Ausgangslage ist klar, der Kanton St. Gallen macht nächstes Jahr trotz einer Steuerfusserhöhung um 10% ein Defizit von 166 Millionen Franken. Mit der Entnahme von 140 Mio aus der Reserve erscheint das Defizit erträglicher. Dennoch droht in den nächsten Jahren weiter ein Defizit in dreistelliger Millionenhöhe

Die Regierung wird deshalb im nächsten halben Jahr gemeinsam mit dem Kantonsrat eine Leistungsüberprüfung durchführen. Sicher ein gangbarer Weg in die richtige Richtung, nur, führt er auch zum Erfolg?

Nach der Novembersession haben wir Zweifel, ob das Parlament willens ist, den Staatshaushalt wieder in Ordnung zu bringen.

Als Beispiel dienen die Debatte und die Abstimmung im Rat über den Neubau des Fischereizentrums in Steinach. Die Diskussion drehte sich um den Standort und um ein Kostendach von 12,8 Mio Franken. Der Kommissionssprecher der CVP sagte wörtlich: "Wir wollen keine vergoldete Anlage, wir wollen kein Fischereizentrum für Goldfische!" Die Sprecherin der FDP wies auf die angespannte

Finanzlage hin und dass die Zustimmung zu einer derart teuren Anlage unverantwortlich sei. Ihr Rückweisungsantrag wurde jedoch abgelehnt.

Die GLP/BDP-Fraktion stellte dann einen Kürzungsantrag von 2.8 Mio und zeigte konkret wo gespart werden könnte. Damit vertrat sie auch die Meinung aus Fischereikreisen, welche das Projekt ebenfalls als überdimensioniert bezeichneten.

Trotzdem lehnten FDP- und CVP-EVP-Fraktionen den Kürzungsantrag ab und stimmten am Ende der teureren Variante zu. Über die Gründe darf spekuliert werden: Wollte man die in das Geschäft involvierten Regierungsräte nicht vor den Kopf stossen oder wollte man einfach dem Antrag der kleinen unabhängigen GLP/BDP-Fraktion nicht folgen?

Parteiedenken führt uns hier nicht weiter, und die geplante Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ist zum Scheitern verurteilt, wenn wir nicht über unsere Parteischatten springen können. Nur gemeinsam und wenn alle zu Kompromissen bereit sind, werden wir erfolgreich die Staatskasse sanieren können.

Februarsession 2013

St. Galler Pensionskasse

Die Fraktion ist einstimmig einverstanden mit dem Kompromissvorschlag, die Arbeitnehmer mit 75 Millionen an der Ausfinanzierung zu beteiligen, auch wenn sie sich für eine tiefere Beteiligung eingesetzt hat.

1. Diese Beteiligung erhöht die Erfolgchancen bei der kommenden Volksabstimmung.
2. Da die Beteiligung mit 75 Millionen und einem Viertel limitiert ist, kann dieser Anteil noch sinken.

Kapazitätsanpassung der Kantonsstrasse Nr. 8, Will, Georg Renner-Strasse – Flawilerstrasse – Toggenburgerstrasse:

Die Fraktion stimmt mehrheitlich der Umsetzung des Vorhabens zu.

1. Der Handlungsbedarf ist klar ausgewiesen.
2. Es freut uns, dass im nördlichen Teil der Toggenburgerstrasse flankierende Massnahmen unmittelbar nach dem Bau der Kreisel umgesetzt werden.

Ausgaben- und Finanzplan 2014 – 2016

Die Fraktion stimmt dem Finanzplan zu.

1. Nach 2 Steuererhöhungen und bei rapid sinkendem Eigenkapital ist es notwendig, die Ausgaben dauerhaft und nachhaltig den Einnahmen anzupassen.
2. Die „rote Null“ für das Jahr 2012 bedeutet in Wahrheit ein Defizit von über 200 Millionen, wenn man das bezogene Eigenkapital nicht mitrechnet.

Nachtragskredit für die Universität St.Gallen von Fr. 500'000.-

Unsere Fraktion hat einstimmig diesen Nachtragskredit bewilligt.

1. Man wollte nicht die Studenten betrafen für das nicht ganz korrekte Vorgehen bei diesem Bauvorhaben.
2. Die Verantwortlichen der Universität haben eingesehen, dass in Zukunft der Kantonsrat frühzeitig und transparent über solche Vorhaben informiert werden muss.

III Nachtrag zum Sozialhilfegesetz

Unsere Fraktion hat einstimmig zugestimmt.

1. Sozialhilfedetektive werden heute schon eingesetzt. Dafür ist aber eine klare gesetzliche Grundlage zu schaffen, damit die Gemeinden genügend Rechtssicherheit haben. Ansonsten sind die Erfolgchancen einer Klage gegen den Einsatz von Sozialinspektoren realistisch.
2. Sozialinspektoren werden nur dann eingesetzt, wenn ein dringender Verdachtsfall vorliegt und die Ressourcen/Kontrollinstrumente einer Gemeinde ausgeschöpft sind.

Reduktion des Eigenmietwerts bei Unternutzung einer Liegenschaft

Unsere Fraktion hat diese Motion abgelehnt.

1. Aus raumplanerischer Sicht ist dieser Entscheid nicht sinnvoll, denn in Zeiten der Zersiedelung und Wohnungsnot sollte das Festhalten an viel Wohnraum nicht steuerprivilegiert werden.
2. Mieter haben keine Möglichkeit, eine Unternutzung ihres Mietobjekts bei den Steuern abzuziehen.

Zuständigkeiten in den Bereichen Asyl und Integration

Einstimmige Zustimmung unserer Fraktion.

1. Integrationsvereinbarungen sind wichtig und richtig. Seit der Einführung im Jahr 2010 wurde noch nie eine Aufenthaltsbewilligung aufgrund mangelnder Integration entzogen.
2. Im Falle von unzureichender Integration müssen zwingend spürbare Konsequenzen erfolgen.

Dringliche Interpellation GLP/BDP-Fraktion / SVP-Fraktion

Unsere Fraktion ist mit der Antwort der Regierung teilweise zufrieden.

1. Die zuständige Regierungsrätin hat transparent aufzeigen können, aus welchen Gründen in den nächsten Jahren die Gesundheitskosten und die Krankenkassenprämien der Grundversicherung stark ansteigen werden.
2. Leider wurde in keiner Weise aufgezeigt, mit welcher Strategie die Regierung diese Kostensteigerung zu bekämpfen oder zu mildern gedenkt.

Neubau des kantonalen Fischereizentrums in Steinach

Unsere Fraktion hat dem Neubau einstimmig zugestimmt.

1. Die Fraktion ist enttäuscht über die Ablehnung in der Schlussabstimmung, denn der Bedarf des Neubaus ist ausgewiesen.
2. Für die GLP/BDP-Fraktion ist es nicht nachvollziehbar, dass unser Vorschlag zur Kostenreduktion auf maximal 10 Millionen im Rat abgelehnt wurde, dieser Rat dann aber, gerade auch mit dem Argument der hohen Kosten von 13 Millionen, in der Schlussabstimmung gegen den Neubau gestimmt hat.

Interpellation GLP/BDP-Fraktion: «Verpasst die SAK (St.Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG) die Energiewende?»

Von Martin Wicki

Der Kanton ist Eigner von 83,3 Prozent-Anteilen an der SAK Holding AG. Er ist mit zwei Regierungsräten (Benedikt Würth und Willi Haag) im 10-köpfigen Verwaltungsrat der SAK Holding AG direkt vertreten. Die SAK bietet Produkte der Erneuerbaren Energien und kündigt dort einen Ausbau an. Im Hinblick auf die Energiestrategie des Bundes sind die avisierten Ausbauschritte aber viel zu klein. Mit der Entscheidung des Ausstieges aus der Atomkraft ist es unumgänglich, dass auch die Energieproduzenten aktiv mitziehen. So sollten die alternativen Energien für Elektrizität (und Wärme-Produktion) auch bei der SAK eine höhere Priorität erhalten. Die Produktion und das Angebot müssen entsprechend angepasst werden. Wir bitten die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Nimmt die Regierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv Einfluss auf die Geschäftsstrategie der SAK?
2. Wie beurteilt die Regierung die heutige Strategie der SAK in Bezug auf die erneuerbaren Energien? Geht die SAK bei der Ausgestaltung ihrer Geschäftsstrategie von der Umsetzung der Energiestrategie des Bundes aus?
3. Wie bewertet die Regierung das Angebot (Portfolio) der SAK in Bezug auf die Ziele der Energiestrategie des Bundes?»

Dringliche Interpellation GLP/BDP-Fraktion «Gründe für massiven Kostenanstieg im St.Galler Gesundheitswesen

Von Nils Rickert

Aktuelle Zahlen der Krankenversicherer gehen für den Kanton St.Gallen von einem Anstieg der Gesundheitskosten von 7,5 Prozent im Jahr 2012 aus (mit einem besonders hohen Anstieg von 19,8 Prozent bei den Spitalkosten). Der Kanton St.Gallen befindet sich damit ganz vorne in der Rangliste, der Durchschnitt liegt bei 3,3 Prozent. Die Steigerung ist nicht nur im nationalen Vergleich sehr hoch, auch im Vergleich mit der Kostenentwicklung der letzten Jahre im Kanton entspricht es rund einer Verdoppelung.

Diese Entwicklung belastet den kantonalen Staatshaushalt. Zusätzlich müssen die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons mit markanten Erhöhungen der Krankenkassenprämien rechnen.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Von welchem Kostenanstieg geht die Regierung für das Jahr 2012 aus? Wie verteilt sich der Kostenanstieg auf die unterschiedlichen Kostenkategorien?
2. Welche Auswirkung hat der erwartete Anstieg für die Staatsrechnung 2012?
3. Welche Auswirkung hat der erwartete Anstieg für die Staatsrechnung 2013 und die Folgejahre? In welchem Mass müssen die im AFP 2014-2016 aufgeführten Defizite nach oben korrigiert werden?
4. Welche Gründe sieht die Regierung für die massive Kostensteigerung?
5. Hat die Regierung Massnahmen eingeleitet, um der Kostensteigerung entgegenzuwirken?»

Wahlkreis- und Ortsparteien

Wahlkreis Rheintal

Die glp-Rheintal steht hinter der RHESI-Variante K1

Durch das Projekt RHESI (RheinErholungSIcherheit) soll die Abflusskapazität des Rheins von heute 3.100 m³/s auf mindestens 4.300 m³/s erhöht werden. Das Projektgebiet erstreckt sich entlang des Rheins von der Illmündung bis zum Bodensee. Auslöser des Projekts war das Entwicklungskonzept Alpenrhein der Internationalen Regierungskommission Alpenrhein und der Internationalen Rheinregulierung.

Für den Fachvortrag im Anschluss der Mitgliederversammlung der glp-Rheintal, konnte Herr Markus Mähr, Projektleiter des Ausbauprojektes RHESI, als Referent gewonnen werden. Herr Mähr erläuterte die historischen Hintergründe der Rheinregulierung und führte fachkompetent zu den aktuellen Gründen, welche die Sanierung des Rheins von der Illmündung bis zum Bodensee unumgänglich machen.

So liegt das Schadenpotenzial bei einem 300-jährigen Hochwasser bei rund CHF 6 Milliarden. Die Kosten für die Erhöhung der Hochwassersicherheit bei gleichzeitiger Renaturierung des Rheines erscheinen hier mit geschätzten CHF 600 Millionen innert 20 Jahren geradezu bescheiden. Zumal sich die Schweiz und Österreich die Kosten teilen und diese Gelder sichere Arbeitsplätze im Rheintal finanzieren. Ebenso muss in Betracht gezogen werden, dass die naturnahe Sanierung des Rheins eine Generationenchance zur Steigerung der Lebensqualität für Mensch, Tier und Pflanzen in unserem Rheintal darstellt. Herr Mähr sprach auch die Problematik der Trinkwasserbrunnen im Rheinvorland an und versicherte, dass kein Brunnen aufgehoben wird, bevor nicht ein einsatzbereiter Ersatzbrunnen erstellt ist.

Im anschliessenden Gespräch wurden sich die Rheintaler-GLPler einig, dass das Ausbauprojekt K1 zu unterstützen ist. Die Zustimmung zur vernünftigen Renaturierung K1 knüpfen die Rheintaler-GLPlerInnen aber an die Bedingung, dass die Trinkwasserversorgung zu 100% gesichert ist, keine Existenzbedrohung der Landpächter entsteht und dass der Einsatz von überflutungssicheren und fischverträglichen Wirbelkraftwerken ernsthaft geprüft wird.

Im Rahmen der Dezember-Klausurtagung des Vorstandes der glp-St.Gallen in Altstätten informierte der Co-Präsi der glp-Rheintal Benno B.A.Stadler den Kantonalvorstand und die Vertreter der Kantonsratsfraktion über den aktuellen Stand der Planungen der Rheinsanierung. Die anwesenden Mitglieder sprachen sich im Anschluss einstimmig für die Unterstützung der Rhesi-Variante K1, unter den obgenannten Bedingungen der glp-Rheintal aus.

Gerne beantworten die Grünliberalen Rheintal eure Fragen

Weitere Information:

www.rhesi.org/was-ist-rhesi/projektbeschreibung

www.lebensraum-rheintal.ch/rhein_presse.htm

Wahlkreis Sarganserland

Solarenergie ist Zukunft

Von Michelle Stäheli

Die glp Wahlkreis Sarganserland wählte an ihrer ersten ordentlichen Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand und empfing als Gastreferenten Werner Frei, Wirtschaftsingenieur und Leiter Produktion erneuerbarer Energie bei den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich. Der Photovoltaikanlage am Walensee geht es wie vielen guten Ideen: zuerst wird sie belächelt, später bekämpft und dann selbstverständlich - so würde wohl Arthur Schopenhauer bilanzieren.

Walenstadt. – Als Erstes präsentierte Frei den anwesenden Mitgliedern, Sympathisanten und Interessierten die Energiestrategie des Bundesrates. Diese sieht als Hauptpfeiler für die zukünftige Energieversorgung 2050 hauptsächlich zwei Wege: Im Winter soll die Wärme-Kraft-Kopplung 6-8 GW Leistung erbringen, soweit möglich mit erneuerbaren Energieträgern wie Biomasse. Im Sommer ist es die Photovoltaik, die 14 GW Leistung liefern soll, was etwa einem Fünftel der gesamthaft nötigen Strommenge entspricht.

Energiestrategie 2050

Der Bundesrat schlägt zur Ersatzleistung Gaskombikraftwerke vor, die jedoch nicht CO₂-neutral sind. Zudem sollen die Wasserkraft, Pumpspeicher und Kleinwasserkraftwerke ausgebaut werden. Wind und Geothermie sollen auch einen Teil zur Gesamtstrategie 2050 beitragen. Zur CO₂-Kompensation werden Wärmepumpen sowie Elektro-Mobilität beitragen. Frei wies darauf hin, dass wir Menschen die elektrische Energie ja eigentlich nicht direkt verwenden können und somit auch nicht brauchen, sondern einfach auf Licht, Wärme, Mobilität, Information und Kraft angewiesen sind. Diese Bedürfnisse können jedoch auf innovativen neuen Wegen mit wesentlich

höherer Effizienz erreicht werden. Im Anschluss daran stellte er die neuen Technologien genauer vor, welche zu immensen Energieeinsparungen führen können oder geführt haben: Wärme-Kraft-Kopplung, Elektromobilität und Wärmepumpen.

Photovoltaik-Anlage Schnür Quinten

Betreffend Steinbruch Schnür in Quinten gab Frei die Eckdaten und Vorteile eines solchen Solarkraftwerks bekannt. Der Standort wäre mit der Südausrichtung optimal, es wäre eine Freifeldanlage ohne jeglichen Kulturlandverlust und es sind hohe spezifische Einstrahlungswerte zu erwarten. Die Anlage würde eine Leistung von 15-20 MWp erreichen, das entspricht mindestens 5'000 Kleinanlagen auf Einfamilienhäusern. Sie wäre die grösste Anlage der Schweiz und könnte mit einer Jahresproduktion von schätzungsweise 12'000 MWh rund 3'000 Haushalte versorgen. Dafür wäre eine Investition von 30 Millionen Schweizerfranken nötig. Die aktuellen Energiekosten-Schätzungen liegen laut einer Machbarkeitsstudie der Energiebüro AG bei 25 Rappen pro Kilowattstunde, Tendenz schnell sinkend. Der grösste Vorteil liegt im Jahresgang der Anlage, da diese über 43 Prozent der Jahresproduktion im Winter liefert, wo im Vergleich dazu Anlagen auf den Dächern nur 30 Prozent bringen. Wir haben heute schon im Sommer grosse Überschüsse und im Winter ein Manko, saisonale Stromspeicher gibt es kaum.



Einsprachen unbegründet

Aus Sicht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich wird die Uferzone nur minimal tangiert, es sind keine Geländeverschiebungen notwendig durch den natürlichen Landesteg und die Zufahrt mit dem Schiff direkt zum Steinbruch. Die geringere Temperatur am Fels - dank der Beschattung durch die Solaranlage - sollte gar einen positiven Einfluss auf den Wasserhaushalt und den Bewuchs durch Pionierpflanzen haben, somit entstände auch kein negativer Effekt auf Fauna und Flora. Einzig, dass der ehemalige Steinbruch in einem BLN-Gebiet (Bundesinventar für Landschafts- und Naturdenkmäler) liegt, stösst auf massiven Widerstand von ProNatura und der Schweizer Stiftung Landschaftsschutz. Als Gegenargument für diese Photovoltaikanlage wurde auch aufgeführt, die Reflexionen der Anlage könnten auf der gegenüberliegenden Seite des Sees als störend empfunden werden. Laut den bisherigen Untersuchungen trifft die Reflexion jedoch praktisch immer im Walensee auf. Die Photovoltaikanlage könnte zudem touristisch genutzt werden und so zu einem nachhaltigen Tourismus beitragen. Diese Anlage wäre weltweit einzigartig und würde somit zu einem Mehrwert für die Region führen.

Neuer Vorstand gewählt

Der bei den Elektrizitätswerken Zürich tätige Werner Frei referierte insgesamt fast eine Stunde lang über Chancen und Probleme der erneuerbaren Energien und deren Umsetzung in konkrete Projekte. Im Anschluss daran bestand die Möglichkeit, Anschlussfragen zu stellen, welche allesamt ausführlich und kompetent beantwortet wurden. Dies hatte zur Folge, dass sich die Mitgliederversammlung um eine halbe Stunde verzögerte – dies hinderte die Grünliberalen jedoch nicht daran, in Rekordzeit den abtretenden Vorstandsmitgliedern ihren Dank auszusprechen sowie einen neuen Vorstand zu wählen. Dieser konstituiert sich nun wie folgt: Jörg Tanner, neuer Präsident des glp-Wahlkreises, Michelle Stäheli, neue Aktuarin, Hanspeter Weber, Kassier. Patrick Sieber trat von seinem Aktuar-Amt zurück.

Die scheidende Präsidentin fand im Gemeindepräsident von Sargans und amtierenden Kantonsrat Tanner einen würdigen Nachfolger und bescheinigte der kleinen Partei in ihrem Jahresbericht mit der erfolgten Kantonsratswahl nur drei Monate nach Gründung einen sehr erfolgreichen Start. Mit weniger als 5'000 Franken eigenfinanziertem Budget und nur vier gemeinsamen Plakaten wahlkreisweit gelang der Coup, Tanner dank einer geschickten Listenverbindung mit der BDP in den Kantonsrat zu hieven. Einstimmig wurde beschlossen, dass die glp Wahlkreis Sarganserland auf Grund des nachhaltigen Mehrwertes hinter dem Projekt Schnür steht und aktiv mithelfen wird, der Idee auf politischem Parkett mehr Akzeptanz zu verschaffen.

Wahlkreis See-Gaster

Erfolg für die Stadtbahn Obersee

Von Nils Rickert

Im Juni 2012 hatte Nils Rickert eine Interpellation zu den Verzögerungen bei der Umsetzung der Stadtbahn Obersee initiiert. Das Projekt ist für die Region sehr wichtig, bringt es doch notwendige Kapazitätserweiterung, den Halbstundentakt und eine bessere Anbindung des Toggenburgs an den ZVV. Die Interpellation und öffentliche Aufmerksamkeit haben die Regierung in den Verhandlungen gestärkt und dazu beigetragen, dass die SBB ihren Zeitplan nun nochmals revidiert. Statt 2021 oder gar später ist nun wieder von 2018/19 die Rede. Mehr dazu im Zeitungsartikel der Südostschweiz:

http://www.glp-net.ch/download/newsletter/b2531e7bb29bf22e1daae486fae3417a_1.pdf.

Stadt Wil

Quartierschulhausinitiative zustande gekommen!

"Nach einer dreimonatigen Sammelfrist wurde die Quartierschulhausinitiative mit 1407 Unterschriften eingereicht. Die Unterschriftensammlung war eine Herausforderung für das überparteiliche Komitee unter der Federführung von Erika Häusermann, Wiler Stadtparlamentarierin der Grünliberalen. Herzliche Gratulation zu dieser Leistung!"

Weitere Informationen: <http://www.glp-wil.ch/quartierschulhaus-initiative.htm>

Grünliberale mit eigener Fraktion im Wiler Stadtparlament

Während vier Jahren politisierte die Grünliberale Erika Häusermann erfolgreich alleine im Wiler Stadtparlament, nun kann sie zu ihrer Freude mit zwei neugewählten Parteikollegen in der glp-Fraktion aktiv sein. Dank Fraktionsstärke können die Grünliberalen neu in allen ständigen und nichtständigen Kommissionen Einsitz nehmen. Daniel Gerber (rechts im Bild) wird Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und Franz Mächler (links im Bild) wird sich in der Bau- und Verkehrskommission sowie in der Werkkommission engagieren. Erika Häusermann übernimmt das Fraktionspräsidium und den Sitz in der Liegenschaftskommission.

Gestern trafen sich die Grünliberalen erstmals zur Fraktionssitzung um die Parlamentssitzung vom 10. Januar vorzubereiten. Thema war insbesondere das neue Geschäftsreglement des Stadtparlamentes, welches am Donnerstag zur Debatte steht. Überrascht stellte die neue Fraktion fest, dass die Möglichkeit zum Ergreifen des Ratsreferendums aus dem neuen Geschäftsreglement gestrichen wurde.

Ratsreferendum muss bleiben

In der letzten Legislatur wurde das Ratsreferendum dreimal ergriffen. Im Jahre 2009 hatte das Parlament eine Steuerfusserhöhung um 4 auf 128 Prozent beschlossen. Eine Minderheit von FDP, SVP und glp ergriff erfolgreich das Ratsreferendum und gab so der Bevölkerung die Möglichkeit, über die Steuererhöhung abzustimmen. Diese wurde in der Folge an der Urne mit klarer Mehrheit abgelehnt.

Das Recht, mit 15 Stimmen einen Beschluss des Parlamentes der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen zu können, ist in der Gemeindeordnung nach wie vor enthalten. Eine Ausführungsbestimmung dazu gehört nach Meinung der Grünliberalen zwingend wie bisher ins Geschäftsreglement des Parlaments. Die Fraktion wird am Donnerstag im Stadtparlament einen entsprechenden Antrag stellen.



Fachgruppen

Aufruf zur Mitarbeit in unseren Fachgruppen

Wir benötigen für die Mitarbeit in allen Fachgruppen noch Mitglieder, welche sich aktiv einbringen wollen. Dies ist eine gute Chance,

- sein Fachwissen in die Diskussionen einzubringen
- sich mit Anderen zu Themen seines Interesses auszutauschen
- den Weg der glp Kanton St.Gallen mitprägen zu können und bei Sachthemen mitzureden

Wir suchen Mitglieder, welche

- Fachwissen zu einem bestimmten Thema haben
- einen Bezug zu einem Thema haben
- einfach mitreden wollen
- bereit sind, aktiv mitzuarbeiten

Interessierte melden sich bei:

- **FG Verkehr:** Daniel Scherrer, Lenzburg
daniel.scherrer@glp-sg.ch
- **FG Energie / Umwelt / Raumplanung** Simon Michel, Rossrüti simon.michel@sunrise.ch
- **FG Gesundheit / Soziales** Margrit Kessler, Altstätten margrit.kessler@spo.ch
- **Bildung / Gesellschaft** Daniel Gerber, Bronschhofen mail@dgerber.ch
- **Wirtschaft / Finanzen** Res Schneider, St.Gallen res.schneider@grunliberale.ch

Fachgruppe Energie / Umwelt / Raumplanung

Die Fachgruppe hat sich in im letzten halben Jahr hauptsächlich auf das Gebiet „Energie“ konzentriert. Im August gab Martin Wicki die Leitung der Fachgruppe aus zeitlichen Gründen an Simon Michel ab. Die Fachgruppe hat sich das Ziel gesetzt, ein eigenes Positionspapier zum Thema Energie zu verfassen. Daran wurde in den letzten Monaten fleissig gearbeitet und wir hoffen, es bald veröffentlichen zu können.

Mitte September organisierte die Fachgruppe eine Führung zum geplanten Kraftwerk Grafenau. Dabei konnten der Geschäftsführer von Pro Natura und ein Gewässerbiologe interessante Einblicke in die Sumpf- und Schwall-Problematik geben. Die Veranstaltung stiess auf reges Interesse und als Abschluss konnten wir in der Pizzeria einen feinen Apéro geniessen.

Aufgrund von Meldungen in der Bevölkerung haben wir auch Abklärungen getroffen, ob eine Kompost Sammlung in der Stadt St.Gallen Sinn machen würde. Nach längeren Abklärungen kamen wir zum Schluss, dass der Nutzen für die Umwelt momentan nicht gegeben ist.

Weiter untersuchen wir momentan kritisch, ob der 2009 gewährte Steuererlass für besonders umweltfreundliche Fahrzeuge etwas für die Umwelt gebracht hat.

Die SP-Initiative „Energiewende - St.Gallen kann es“, welche die Mittel des Kantons für die Förderung der erneuerbaren Energien auf ca. 50 Millionen Franken pro Jahr erhöhen möchte, sowie den Gegenvorschlag der Regierung haben wir kritisch diskutiert. Martin Wicki, Kantonsrat, wird in der entsprechenden Kommission unsere Bedenken und Anliegen einbringen.

Unser grösstes Projekt, unter der Leitung von Bosco Büeler, ist momentan die Einführung von progressiven Stromtarifen. Diese Tarife würden helfen, den Stromverbrauch zu reduzieren, indem jene Haushalte proportional mehr zahlen, welche viel Energie verbrauchen. Wir suchen deshalb das Gespräch mit verschiedenen Stadtwerken. Bosco Büeler verfeinert zudem sein Modell, bis es hoffentlich bald in einer Gemeinde umgesetzt werden kann.

Wir suchen neue Mitglieder mit Interesse an Raumplanung, Umwelt und Energie.

Interessierte melden sich bei: Simon Michel
simon.michel@sunrise.ch

gip-Stamm

gip-Stamm

Wann: Ersten Mittwoch des Monats, ab 19.00 Uhr

Wo: Restaurant Papagei, St. Gallen

Nächste Termine:

1. Mai 2013

5. Juni 2013

3. Juli 2013

Der neu ins Leben gerufene gip-Stamm möchte alle Mitglieder aktiv am parteipolitischen Meinungsbildungsprozess teilhaben lassen. Zudem sollte selbstverständlich die Geselligkeit nicht zu kurz kommen. Kurzum: Politik soll mit Feierabendstimmung verbunden werden.

Worüber diskutiert wird, kann flexibel gehandhabt werden. Sicherlich können die Teilnehmer auch ihre Ideen einbringen, weiter kann durchaus auf tagesaktuelle Themen eingegangen werden. Natürlich werden teilweise auch interessente Gesprächspartner von inner- und ausserhalb der Partei eingeladen werden.

Termine der glp

2013	
3.4	Mitgliederversammlung glp Kanton St.Gallen
16.4	Mitgliederversammlung der Wahlkreispartei Wil
15.4 -17.4	Session Bundesparlament
25.4	Wil; Stadtparlament
30.4	St.Gallen; Stadtparlament
1.5	gip-Stamm
4.5	Delegiertenversammlung gip Schweiz
21.5	St.Gallen; Stadtparlament
23.5	Wil; Stadtparlament
5.6	5. gip-Stamm
3.6 – 21.6	Session Bundesparlament
3.6 – 5.6	Session Kantonsrat
6.6	Wil; Stadtparlament
9.6	Abstimmungstermin Eidg. Vorlagen 1. Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates» 2. Änderung vom 28. September 2012 des Asylgesetzes (AsylG)
11.6	St.Gallen; Stadtparlament
18.6	St.Gallen; Stadtparlament
24.6-25.6	Session Kantonsrat
29.6	Delegiertenversammlung gip Schweiz
2.7	St.Gallen; Stadtparlament
3.7	gip-Stamm
4.7	Wil; Stadtparlament

Wir bitten die Fachgruppen, die Wahlkreis- und Ortsparteien, uns ihre Termine mitzuteilen, damit wir diese ebenfalls in diese Übersicht einfügen können.

Aktuelle kantonale Volksinitiativen

Quelle:

http://www.abstimmungen.sg.ch/home/referenden_und_initiativen.html / Stand: 12.2.2013

Initiative «**Sicherheit durch Transparenz**» - (Nennung der Staatsangehörigkeit von Tätern und Tatverdächtigen) (29.10.02)

Aktueller Stand: Der Kantonsrat hat der Initiative zugestimmt und den VIII. Nachtrag zum Polizeigesetz (22.11.02) erlassen

Initiative «**Volksinitiative für zeitgemässe Bibliotheken im Kanton St.Gallen (Bibliotheksinitiative)**» (29.12.01 / 22.12.08)

Aktueller Stand: Der Kantonsrat hat die Initiative abgelehnt, stellt ihr aber mit dem Bibliotheksgesetz (22.12.08) einen Gegenvorschlag gegenüber. Nächster Schritt: Ausarbeitung des Gegenvorschlages.

Initiative «**Energiewende - St.Gallen kann es!**»

Aktueller Stand: Bericht und Antrag der Regierung. Nächster Schritt: Beschluss des Kantonsrates (Zustimmung, Ablehnung oder Verzicht auf Stellungnahme)

Ersteller Newsletter Grünliberale Partei (gip) Kanton St. Gallen, 9000 St. Gallen

Ansprechperson betreffend Newsletter:

Sekretariat, Stefan Widmer

Telefon

+41 79 762 07 62

email

sg@grunliberale.ch, www.sg.grunliberale.ch

Datum

30. März 2013